

„MIR SIND HARTE, DURCHAUS SCHARF GEFÜHRTE, ABER SACHLICHE VERHANDLUNGEN LIEBER, DENN DIESE FÜHREN IN DER REGEL ZU EINEM LANGFRISTIG BELASTBAREN ERGEBNIS.“

Klaus Becker, Bürgermeister von Osterode am Har

## Rauch der Nebelkerzen verzieht sich

In der Debatte um die Fusion von Landkreisen zieht immer mehr Sachlichkeit ein – Wirtschaft und Verwaltungsfachleute positionieren sich zugunsten einer großen Lösung „Südniedersachsen“.

Text: Rüdiger Reyhn

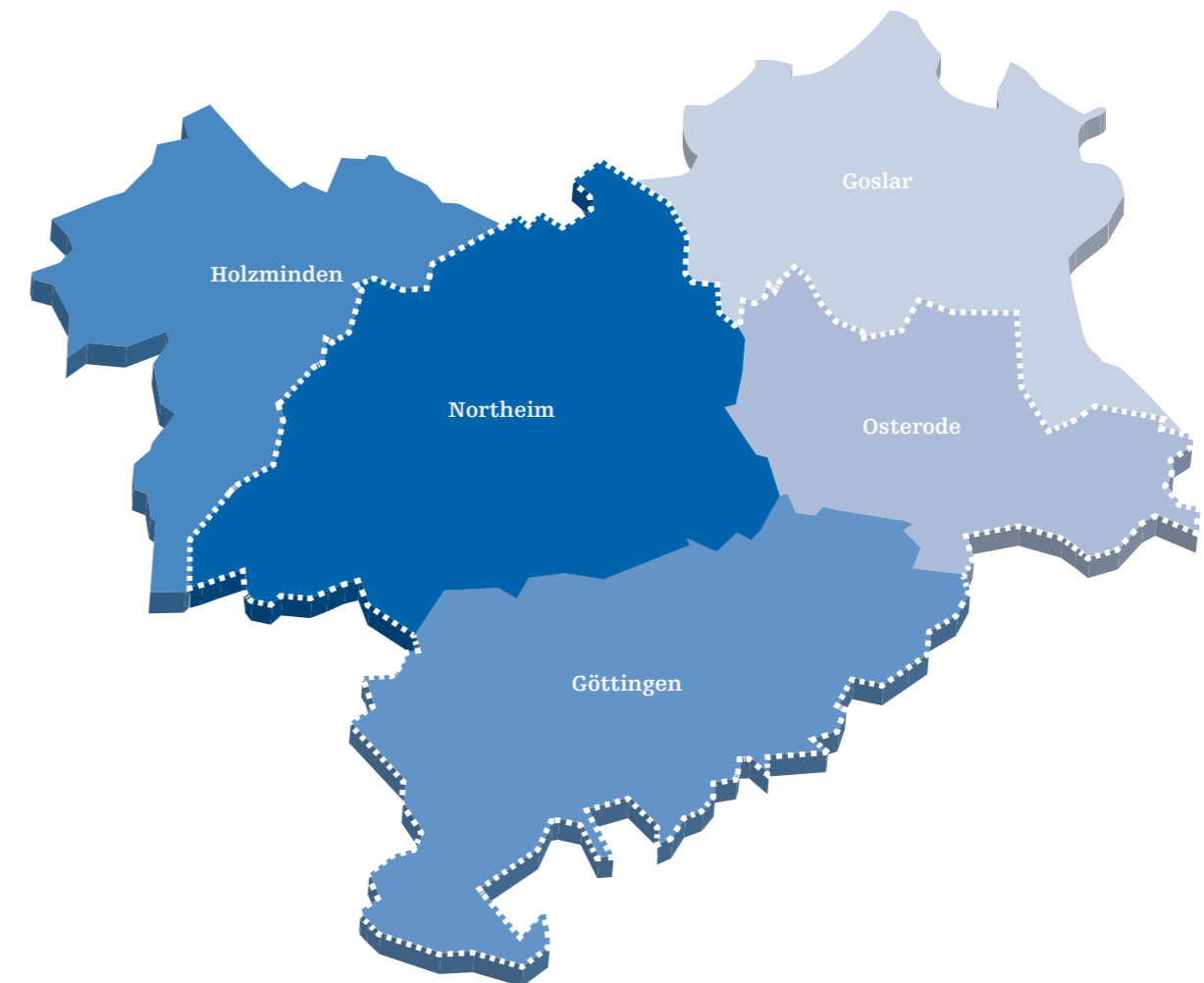
Klaus Becker gilt als Freund deutlicher Worte. „Wir werden nicht das fünfte, sondern das siebte Rad am Wagen von Braunschweig sein. Und mein Ziel wäre es nicht, zur zukünftigen Kreisstadt Salzgitter zu fahren, um da unsere kommunalen Angelegenheiten vorzutragen.“ Es könnte künftig als besonderes Schmankerl in die Regi- onsgeschichte eingehen, dass ausgerechnet dieses so emotionale Votum des parteilosen Osteroder Bürgermeisters zur Versachlichung der Diskussion über Kreisfusionen in Südniedersachsen beigetragen hat.

Jedenfalls folgte auf Beckers klare Positionierung im Juni eine Reihe von Bewertungen, die fachlich gut begründet erschienen und die deshalb festgezurrte Positionen gerade im Osteroder Kreistag lockerten. So veröffentlichte der Unternehmer Martin Hoff das Ergebnis einer Umfrage des Wirtschaftskreises Osterode. Danach sprachen sich fast 90 Prozent der befragten Unternehmen des Landkreises für eine Fusion mit den Landkreisen Göttingen und Northeim aus. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam eine Umfrage unter Mitgliedern des IHK-Wirtschaftsausschusses. Für den ab dem 1. August 2012 amtierenden Hauptgeschäftsführer der IHK Hannover, Dr. Horst Schrage, und Geschäftsstellenleiter Joachim Grube kommt es darauf an, dass in einem neuen Landkreis insbesondere auch die Probleme angegangen werden, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben. Die Unternehmen müssten in die Lage versetzt werden, Wachstumsdynamik zu entwickeln. Das sei nur möglich, wenn es den Kommunen gelinge, ihre strukturelle Finanzschwäche zu überwinden und wieder verstärkt in Infrastruktur und Bildung zu investieren. Zudem ist nicht ausgeschlossen, dass ein Westharzkreis bei Finanzierungen nach

Vorschrift von Basel III höhere Risikoaufschläge zahlen müsste. Ob sich Osterode Goslar oder Göttingen zuwendet, ist denn nicht nur für die beiden Harzkreise relevant, sondern für die gesamte Region. Denn für eine Fusion der Landkreise Göttingen und Northeim würde das Land keine Entschuldungshilfe gewähren. Aussicht auf die Hochzeitsprämie von 100 Millionen Euro besteht nur, wenn Osterode mitmacht. So kann sich der Osteroder Kreistag besonderer Aufmerksamkeit sicher sein, wenn er – wie bislang geplant – am 17. September seine Grundsatzentscheidung für eine der beiden Fusionsvarianten trifft. Entscheidet er sich für Goslar, können die Verhandlungspartner ihre Unterlagen zunächst zuklappen. Fusionsverhandlungen zwischen Northeim und Göttingen wird es zunächst nicht geben – dies soll frühestens nach der Landtagswahl vom Januar 2013 erfolgen.

Doch zunächst wird unter dem Arbeitstitel „drei (Landkreise) plus eins (Stadt Göttingen)“ noch intensiv verhandelt. Eine aus Landräten, dem Göttinger Oberbürgermeister Wolfgang Meyer und Fraktionsvorsitzenden gebildete Steuerungsgruppe hat zehn Facharbeitsgruppen benannt, die sich mit Themen wie Personal/ Gebäude, Finanzen, Jobcenter, Jugendämter Gesundheit/Veterinär und Schule/Kultur befassen. Sie haben auch die Vorgaben zu berücksichtigen, die die Kreisausschüsse unter dem Stichwort „Eckpunkte“ in den vergangenen Wochen zusammengetragen haben.

Viele der Probleme scheinen lösbar. Es gibt aber auch Themen, bei denen es Kröten zu schlucken gilt. Im Sozialbereich gehört dazu die Frage, ob der neue Landkreis Optionskommune wird oder aber sich nach dem Vorbild des Landkreises Northeim dem Modell „Arbeitsgemeinschaft“ annähert. Streit könnte es auch in der Über-



legung geben, ob sich der neue Landkreis darauf festlegen lassen will, für die künftigen „Altkreise“ Investitionsquoten festzuschreiben. Was soll dann noch eine Fusion? So wird denn auch schon unter Verhandlungsteilnehmern gespottet. Erheblicher Abstimmungsbedarf besteht zudem in der Entscheidung, ob die bisherigen Landkreise während der Fusionsverhandlungen weiter Personal einstellen dürfen oder ob, wie im Kreishaus in Northeim, ein konsequenter Einstellungsstopp gilt.

Mindestens ebenso wichtig wie eine Lösung bestehender Interessenkonflikte ist vielen politisch Verantwortlichen offenbar der Aspekt der Einbindung der Bevölkerung in die Meinungsbildung. Dilemma: Viele Bürgerinnen und Bürger wissen zwar, welche Dienstleistungen sie von ihrer Stadt- und Gemeindeverwaltung erwarten können. Fragen nach den Aufgaben von Kreisverwaltungen werden jedoch nicht selten mit verlegenem Schulterzucken beantwortet. Und wer am Stammtisch oder beim Kaffeetrinken in munterer Runde sein Gegenüber fragt, wann er das letzte Mal im Kreishaus gewesen ist, der muss mit einer längeren Bedenkzeit des Befragten rechnen. Und wenn denn tatsächlich mal eine spontanere Antwort kommt, bezieht sie sich auf die Anmeldung eines Autos. Noch niemand hat allerdings gefordert, Kfz-Zulassungsstellen zu zentralisieren – weder in Göttingen noch sonst wo. So klagen denn intern manche Kreispolitiker darüber, dass der Wirbel, den manche Bürgerinitiativen verursachen, im gewissen Kontrast zur Substanz der Argumente steht. Ganz offensichtlich wurden hier einige verbale Nebelkerzen gezündet.

Vor dem Hintergrund dieser Beobachtungen hat der Göttinger Kreistag Landrat Bernhard Reuter beauftragt, ein Konzept zum

Bürgerdialog zu erarbeiten. Unterstützt werden soll der Verwaltungschef dabei vom Zentrum für Methodenkompetenz der Uni Göttingen, dem Fachgebiet Regionalmanagement der HAWK-Fakultät Ressourcenmanagement Göttingen sowie dem Regionalverband Südniedersachsen. Reuter will über die Verhandlungsfortschritte informieren. Und ihm liegt daran, dass Bürgerinnen und Bürger Kritik und Anregungen – notfalls auch Lob – äußern, ihre Sorgen artikulieren und sich aktiv in den Meinungsbildungsprozess einschalten. Die Entscheidung, welche Fusionsvariante die Region dem Landtag zur Beschlussfassung vorlegt, soll aber bei den im September 2011 gewählten Kreistagen bleiben.

Es sollen also die Sachargumente zählen. Dass aber bei der Bewertung von Sachargumenten auch Emotionen eine Rolle spielen, wissen auch Göttingen-Befürworter wie Klaus Becker. Den Bürgermeister wurmt es jedoch, wenn Aspekte wie das Klima bei Fusionsverhandlungen zu entscheidenden Kriterien hochgejazzt werden sollen. Becker: „Das wirft bei mir die Frage auf, ob da jemand persönliche Antipathien gegen hochrangige Verhandlungspartner aus Göttingen hat. Mancher muss es vielleicht noch realisieren: Als kleinster Landkreis sind wir immer der Juniorpartner. Es ist eine reine Frage des Verhandlungsgeschicks, wie Interessen des Landkreises Osterode in einer Fusionsvereinbarung untergebracht werden können. Man sollte auch keinesfalls von der Freundlichkeit von Verhandlungsabläufen mit dem einen oder anderen Partner auf die zukünftige Zusammenarbeit schließen. Mir sind harte, durchaus scharf geführte, aber sachliche Verhandlungen lieber, denn diese führen in der Regel zu einem langfristig belastbaren Ergebnis.“ □